

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Katherina Reiche, MdB
Jana Schimke, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Nr. 19 / 2014 (16. Mai 2014)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Bundeskabinett beschließt Verlängerung von 3 Bundeswehr-Auslandseinsätzen
3. BMVI fördert Schnellladesäulen für E-Fahrzeuge
4. Wettbewerb BLAUER ENGEL-PREIS 2014 hat begonnen
5. Arbeitskosten im europäischen Vergleich
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

im ersten Quartal des Jahres hat die deutsche Wirtschaft ihr Wachstumstempo verdoppelt. Das Bruttoinlandsprodukt war um 0,8 Prozent höher als im vierten Quartal des Vorjahres. Besonders der milde Winter hat dazu beigetragen, dass der moderate Wachstumskurs des Vorjahres an Dynamik gewonnen hat. Hauptimpulsgeber dafür war der inländische Konsum und eine hohe Investitionsquote unter anderem in Bauten und Ausrüstungen. Dagegen hat sich der Außenhandel negativ entwickelt. Es wurden im Vergleich zum Vorquartal weniger Waren exportiert, dafür mehr Waren importiert. Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2014 ist von 41,7 Millionen

Erwerbstätigen erbracht worden, das waren 344.000 Personen oder 0,8 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Vergleich dazu ist das Bruttoinlandsprodukt in der Euro-Zone lediglich um 0,2 Prozent gestiegen. Während in Frankreich die Wirtschaft stagniert, setzt sich in Spanien die Erholung mit einem Zuwachs von 0,4 Prozent fort. In Griechenland, Portugal und Zypern dauert die Rezession an.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Bundeskabinett beschließt Verlängerung von 3 Bundeswehr-Auslandseinsätzen

Deutsche Soldatinnen und Soldaten werden auch künftig im Kosovo, in Mali und Senegal sowie vor der Küste des Libanons im Einsatz sein. Das Kabinett hat am 14. Mai die Verlängerung der Mandate für KFOR, MINUSMA und UNIFIL beschlossen.

KFOR leistet im Auftrag der Vereinten Nationen einen militärischen Beitrag zur Stabilisierung der Region. Im Vordergrund steht die Überwachung der Entwicklung professioneller, demokratischer und multiethnischer Sicherheitsstrukturen. Darüber hinaus gilt es, humanitäre Hilfe in Notsituationen zu leisten, die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen zu fördern sowie die Arbeit internationaler Hilfsorganisationen zu unterstützen. Hierzu arbeitet KFOR eng mit den Missionen der Vereinten Nationen (UNMIK) und der Europäischen Union (EULEX) im Kosovo zusammen. Derzeit befinden sich rund 700 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Kosovo. Das Mandat bleibt auch in Zukunft bei höchstens 1.850 Soldatinnen und Soldaten. Damit kann die Mission flexibel auf mögliche Krisensituationen reagieren.

Außerdem hat das Bundeskabinett eine Vorlage verabschiedet, nach der das MINUSMA-Mandat bis zum 30. Juni 2015 laufen soll. An der VN-geführten Mission beteiligt sich die Bundeswehr mit Transportflugzeugen und unterstützt französische Kräfte mit Tankflugzeugen. Darüber hinaus stellt die Bundeswehr Personal für die Führungsstäbe des Einsatzes. Bis zu 150 Soldatinnen und Soldaten können eingesetzt werden; 78 sind aktuell vor Ort. Stützpunkt der deutschen Luftransportmaschinen ist Dakar im Senegal.

Die Beteiligung der Marine an der Mission UNIFIL wird bis zum 30. Juni 2015 verlängert. Die Obergrenze des Mandats bleibt unverändert bei 300 Soldaten. Neben der Überwachung des Seeverkehrs im östlichen Mittelmeer bildet die Deutsche Marine libanesische Seestreitkräfte aus. Der Bundestag muss den drei Mandatsverlängerungen noch zustimmen.

3. BMVI fördert Schnellladesäulen für E-Fahrzeuge

Ab heute können Fahrerinnen und Fahrer mit Elektrofahrzeugen erstmals auf der A 9 zwischen München und Leipzig fahren, ohne sich Sorgen über das Nachladen zu machen. Das Bundesverkehrsministerium fördert auf der 430 Kilometer langen Strecke ein Projekt mit acht Schnellladesäulen, die E-Fahrzeuge in weniger als einer halben Stunde wieder für die nächste Etappe unter Strom setzen.

Die Ladesäulen stehen an den Standorten: Schweitenkirchen, Ingolstadt, Lauf, Himmelkron, Selbitz, Hermsdorf, Schkeuditz und Dessau an Rastplätzen oder bei Partnern direkt an der Autobahn. Alle Säulen sind mit dem kombinierten Steckersystem "Combined Charging System" (CCS) ausgestattet, das ab 2017 einziger europäischer Standard für schnelles Laden mit Gleichstrom sein wird. Für die ersten vier Wochen des Betriebs ist das Laden an den acht Ladesäulen kostenfrei. Dazu werden an den Standorten während der Öffnungszeiten spezielle Ladekarten ausgegeben. Danach wird mit dem Handy per SMS oder über die europäische Roaming-Bezahlplattform Hsubject abgerechnet. Ab Sommer 2014 werden die Fahrerinnen und Fahrer von Elektrofahrzeugen über die Hsubject-Plattform mit nur einem Vertrag und einer Karte überall in Europa an Ladesäulen verschiedener Anbieter Strom "tanken" können.

Das Vorhaben "Schnellladung auf der A 9" gehört zu den wichtigsten Vorhaben im Schaufenster Elektromobilität Bayern-Sachsen "Elektromobilität verbindet" und wird mit rund drei Millionen Euro vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gefördert. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 7,7 Millionen Euro. Siemens AG, E.ON und die BMW AG sind Partner des Projekts.

Die "Schaufenster Elektromobilität" sind eine Förderinitiative der Bundesregierung. 2012 hat eine Jury in einem bundesweiten Wettbewerb vier Schaufenster für Elektromobilität ausgewählt - neben Bayern-Sachsen, Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg und Niedersachsen. In den groß angelegten regionalen Demonstrations- und Pilotvorhaben wird Elektromobilität an der Schnittstelle von Energiesystem, Fahrzeug und Verkehrssystem erprobt. Der Bund investiert rund 180 Millionen Euro in diesen Regionen.

Schwerpunkte bei den Projekten im Schaufenster Bayern-Sachsen sind die Förderung von E-Mobilität im ÖPNV, die Demonstration von Langstreckenmobilität - wie beim A 9-Projekt - sowie der Einsatz von Elektrofahrzeugen im Flottenbetrieb. Das BMVI stellt für die Projekte im Schaufenster Bayern-Sachsen rund 21,5 Millionen Euro zur Verfügung.

4. Wettbewerb BLAUER ENGEL-PREIS 2014 hat begonnen

Im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitspreises wird zum dritten Mal der "Blauer Engel-Preis" ausgeschrieben. Die Auszeichnung prämiiert Unternehmen, Initiativen oder öffentliche Einrichtungen, die sich in herausragender Weise für das Umweltzeichen Blauer Engel einsetzen und damit in besonderem Maße zum Umweltschutz beitragen. Den Preis loben die Jury Umweltzeichen, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das Umweltbundesamt sowie die RAL gGmbH aus. Die Bewerbungsfrist läuft ab sofort bis zum 25. Juni 2014. Bewerben können sich alle Unternehmen, die Produkte mit dem Blauen Engel herstellen. Besonderes Augenmerk legt die Jury in diesem Jahr auf positive Umwelt- und Gesundheitseffekte durch unternehmerisches Engagement mit dem Umweltzeichen.

Der Preis wird in diesem Jahr zum dritten Mal vergeben. Über die Nominierten und Sieger des Wettbewerbs entscheidet die Jury des Deutschen Nachhaltigkeitspreises, in der u. a. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Forschung, Umweltverbänden und Politik sitzen.

Die feierliche Vergabe des "Blauer Engel-Preises" findet im Rahmen des Deutschen Nachhaltigkeitstages 2014 am 28. November in Düsseldorf statt.

Unternehmen können sich unter www.blauer-engel-preis.de bewerben.

Hintergrund: Zum Umweltzeichen Blauer Engel

Zurzeit gibt es rund 12.000 Blauer Engel-Produkte von 1.400 Unternehmen in zirka 120 verschiedenen Produktgruppen. Alle Produkte und die dahinter liegenden Kriterien sind frei zugänglich unter www.blauer-engel.de einsehbar. Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit garantieren die Jury Umweltzeichen, das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt und RAL gGmbH. Mitglieder der Jury Umweltzeichen

sind BDI, BUND, DGB, HDE, NABU, DSJ, vzbv, ZDH, Stiftung Warentest, Medien, Kirchen, Wissenschaft, der Deutsche Städtetag und Bundesländer.

5. Arbeitskosten im europäischen Vergleich

Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft bezahlten im Jahr 2013 durchschnittlich 31,70 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland damit innerhalb der Europäischen Union (EU) gemeinsam mit Finnland auf Rang sieben. Arbeitgeber in der deutschen Privatwirtschaft zahlten 34 % mehr für eine Stunde Arbeit als im Durchschnitt der EU. Im Vergleich zum Nachbarland Frankreich beispielsweise waren es aber gut 9 % weniger. Schweden hatte mit 43,00 Euro die höchsten Arbeitskosten je geleistete Stunde, Bulgarien mit 3,70 Euro die niedrigsten.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders stark im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2013 durchschnittlich 36,20 Euro. Hier lag Deutschland im EU-weiten Vergleich auf Rang fünf. Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war damit 48 % teurer als im EU-Durchschnitt, aber 1 % billiger als in Frankreich.

Der Vergleich der Wachstumsraten der letzten zehn Jahre zeigt seit 2011 eine Trendwende bei der Entwicklung der Arbeitskosten. In jedem Jahr des Zeitraums 2004 bis 2010 lag das Wachstum der Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft unterhalb des EU-Durchschnitts. Im Jahr 2011 kehrte sich diese langfristige Entwicklung um: Die Arbeitskosten in Deutschland erhöhten sich im Zeitraum 2011 bis 2013 in jedem Jahr stärker als in der EU. Dies zeigt sich auch bei einem Vergleich mit Frankreich: 2004 bis 2010 stiegen die Arbeitskosten in Frankreich jährlich mit + 3,4 % fast 2,5-mal so stark wie in Deutschland (+ 1,4 %). Im Zeitraum 2011 bis 2013 lag der jährliche Anstieg in Deutschland (+ 2,7 %) über dem Wachstum in Frankreich (+ 1,9 %).

Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. Im Jahr 2013 zahlten die Arbeitgeber in Deutschland in der Privatwirtschaft auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 27 Euro Lohnnebenkosten. Damit waren die Lohnnebenkosten in Deutschland unter dem EU-Durchschnitt von 31 Euro. Im EU-weiten Ranking lag Deutschland im Mittelfeld auf Rang 16. Auf 100 Euro Lohn wurden in Schweden (51 Euro) und Frankreich (47 Euro) die höchsten Lohnnebenkosten gezahlt, in Malta (10 Euro) die niedrigsten. Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr 2013 in Euro

Rechenstand: 4. Quartal 2013

Mitgliedstaaten der Europäischen Union (absteigend sortiert nach dem Arbeitskostenniveau in der Privatwirtschaft)	Privatwirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe	
	Euro	Veränderung gegenüber 2012 in % ²	Euro	Rang

¹ Werte wurden auf der Basis der ersten zwei Quartale 2013 geschätzt.

Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr 2013 in Euro

Rechenstand: 4. Quartal 2013

Mitgliedstaaten der Europäischen Union (absteigend sortiert nach dem Arbeitskostenniveau in der Privatwirtschaft)	Privatwirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe	
	Euro	Veränderung gegenüber 2012 in % ²	Euro	Rang

² Die Veränderungsdaten sind kalenderbereinigt und in der jeweiligen Landeswährung berechnet.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat-Daten vom 02.05.2014

Europäische Union (EU 27)	23,70	1,4	24,40	–
Euro-Währungsgebiet	28,70	1,4	30,70	–
Schweden	43,00	1,6	44,80	1
Belgien	41,20	1,9	42,60	2
Dänemark	39,80	1,4	38,60	3
Luxemburg	35,60	3,0	30,90	9
Frankreich	35,00	0,2	36,70	4
Niederlande	32,50	2,8	35,40	6
Finnland	31,70	1,9	34,30	7
Deutschland	31,70	2,1	36,20	5
Österreich	31,30	3,1	33,20	8
Italien	28,00	2,2	27,50	11
Irland	27,60	0,5	30,00	10

Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr 2013 in Euro
Rechenstand: 4. Quartal 2013

Mitgliedstaaten der Europäischen Union (absteigend sortiert nach dem Arbeitskostenniveau in der Privatwirtschaft)	Privatwirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe	
	Euro	Veränderung gegenüber 2012 in % ²	Euro	Rang
Vereinigtes Königreich	21,10	1,0	22,00	13
Spanien	20,90	0,3	22,80	12
Zypern	15,90	- 3,7	12,70	16
Slowenien	14,30	- 1,1	14,20	14
Griechenland ¹	14,10	- 9,4	13,60	15
Malta	12,60	2,8	12,70	16
Portugal	11,50	- 1,8	9,70	19
Tschechische Republik	10,40	1,0	10,00	18
Estland	9,30	7,9	8,70	21
Slowakei	8,80	2,7	9,00	20
Ungarn	7,80	1,7	7,70	22
Polen	7,40	3,4	6,80	23
Lettland	6,50	4,7	5,90	24
Litauen	6,20	7,4	5,80	25
Rumänien	4,70	3,7	4,00	26

Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr 2013 in Euro				
Rechenstand: 4. Quartal 2013				
Mitgliedstaaten der Europäischen Union (absteigend sortiert nach dem Arbeitskostenniveau in der Privatwirtschaft)	Privatwirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe	
	Euro	Veränderung gegenüber 2012 in % ²	Euro	Rang
Bulgarien	3,70	3,4	3,00	27

6. Kurz notiert

6.1. Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2014 um 0,8 % gestiegen

Die deutsche Wirtschaft hat wieder Fahrt aufgenommen: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im ersten Quartal 2014 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,8 % höher als im vierten Quartal 2013. Damit hat der moderate Wachstumskurs des vergangenen Jahres (+ 0,4 % im Schlussquartal 2013) an Dynamik gewonnen. Bei diesem kräftigen Wachstum zum Jahresbeginn spielte allerdings auch die extrem milde Witterung eine Rolle, teilt das Statistische Bundesamt weiter mit.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich – preis-, saison- und kalenderbereinigt – nach vorläufigen Berechnungen ausschließlich aus dem Inland. Die privaten Haushalte und der Staat erhöhten ihre Konsumausgaben zum Jahresbeginn. Auch die Investitionen entwickelten sich erfreulich: Sowohl in Bauten als auch in Ausrüstungen wurde deutlich mehr investiert als im vierten Quartal 2013; der Aufbau von Vorräten stützte ebenfalls das BIP. Dagegen bremste der Außenhandel das Wirtschaftswachstum: Nach vorläufigen Berechnungen wurden zum Jahresbeginn 2014 weniger Waren exportiert, aber deutlich mehr Waren importiert als im Schlussquartal 2013.

Im Vorjahresvergleich hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich beschleunigt: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2014 um + 2,5 % (kalenderbereinigt + 2,3 %) und damit so stark wie seit über zwei Jahren nicht mehr.

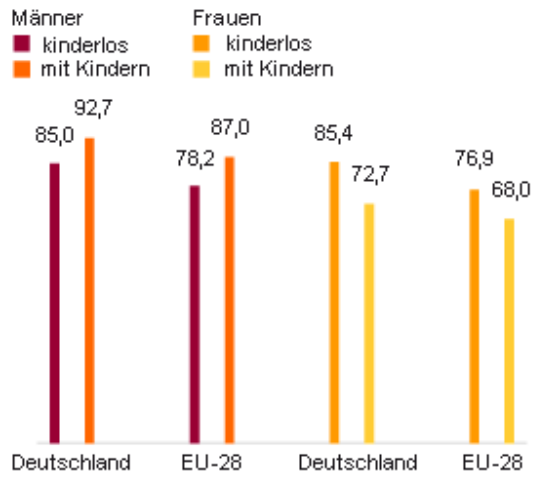
Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2014 wurde von 41,7 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 344 000 Personen oder 0,8 % mehr als ein Jahr zuvor.

6.2. Erwerbstätigkeit: Mütter arbeiten seltener, Väter häufiger als Kinderlose

Am 15. Mai ist der Internationale Tag der Familie. Er soll die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft in den Fokus rücken. Kinder und Karriere miteinander zu vereinbaren, stellt für viele Mütter und Väter eine große Herausforderung dar. Besonders Mütter treten häufig beruflich kürzer: So waren 2013 in der Europäischen Union nur 68 % der Mütter (25 bis 49 Jahre) erwerbstätig. Von den Frauen ohne Kinder waren es dagegen 77 Prozent. Während Mütter seltener arbeiten als kinderlose Frauen, verhält es sich bei den Männern genau umgekehrt: 2013 waren in der EU Väter deutlich häufiger erwerbstätig (87 %) als kinderlose Männer (78 %). In Deutschland lag der Anteil der erwerbstätigen Väter (93 %) EU-weit mit am höchsten. Als Hauptverdiener der Familie bestreiten Väter oftmals einen Großteil des Lebensunterhalts. Mütter arbeiteten 2013 in Deutschland (73 %) häufiger als im EU-Durchschnitt, wobei sie zum Großteil in Teilzeit (66 %) beschäftigt waren. Mehr teilzeitbeschäftigte Mütter gab es EU-weit nur in den Niederlanden (86 %). Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Väter lag in Deutschland bei 6 %.

Erwerbstätigenquoten 2013

25- bis 49-Jährige in %



Quelle: Eurostat

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014

6.3. Zahl der Studierenden an privaten Hochschulen um 10 % gestiegen

6.4. Teilzeitbeschäftigung bei Hebammen in Krankenhäusern

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent